



28. Mai 2021 11:45 Uhr | Föderalismuskonferenz:

«Erklärung von Basel 2021»

Regierungspräsident Beat Jans

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Referierende, sehr geehrte Damen und Herren

Ich bedanke mich bei allen herzlich für die anregenden Referate und Diskussionen. Ich bin überzeugt, dass diese einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung unseres föderalistischen Systems leisten.

Die «Erklärung von Basel 2021», welche ich Ihnen nun gleich präsentieren möchte, schlägt vor, dass sich der Bund, die Kantone sowie die Städte und Gemeinden für die Entwicklung eines zukunftsgerichteten Föderalismus aussprechen und engagieren. Die «Erklärung von Basel 2021» ist im engen Austausch mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), dem Schweizerischen Städteverband (SSV), dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) sowie mit dem Ständeratsbüro entstanden. Die Erklärung von Montreux 2017 hat das Verständnis für den Föderalismus und die Verbundenheit mit ihm unterstrichen. Die Erklärung von Basel 2021 bekräftigt dieses Verständnis und betont, dass sich der Föderalismus stetig weiterentwickelt.

Der Föderalismus ist wie die direkte Demokratie ein fester Bestandteil der Schweiz. Er macht unser Land stark und sichert der Schweiz und den Einwohnerinnen und Einwohnern eine reiche wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt. Seine Kernfunktionen bestehen darin, dass die Aufgaben des Staates auf die drei Ebenen Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden aufgeteilt werden, um bedürfnisgerechte Lösungen zu finden. Damit werden die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erhöht und gleichzeitig Minderheiten geschützt, sei es in Bezug auf die Sprache, Kultur, Religion oder besondere

geografisch-topografische Verhältnisse. Damit fördert der Föderalismus die Verständigung und den inneren Zusammenhalt der Schweiz.

Gleichzeitig sind wir aufgrund der stark zunehmenden Verflechtung der Schweiz mit Europa und der Welt sowie der grenzüberschreitenden Entwicklungen aufgefordert, eine weiterführende Diskussion über Stärken und Schwächen des Föderalismus zu führen. Zudem stellen die Coronapandemie und ihre erheblichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen den Föderalismus auf die Probe. Die föderalen Strukturen haben sich zwar in wesentlichen Bereichen wie der Gesundheitsversorgung oder der wirtschaftlichen Hilfe bewährt, und es konnten regional angepasste Lösungen gefunden werden. Es sind aber auch Schwächen zutage getreten. In normalen Zeiten bewährte Verfahren erwiesen sich in der Pandemie teils als zu kompliziert und zu langsam. Zudem führten eine ungenügende Koordination und Kommunikation zu Verunsicherungen.

Wie sich an der diesjährigen Föderalismuskonferenz gezeigt hat, bieten diese Erfahrungen eine Chance, den Föderalismus noch besser auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen auszurichten.

Erlauben Sie mir hierzu bitte ein paar Anmerkungen aus der Sicht des Kantons Basel-Stadt.

Das föderalistische System der Schweiz eignet sich meiner Meinung nach bestens als Laboratorium, um eine Erweiterung der politischen Partizipationsrechte auszutesten. Anknüpfend an das vorangehende Referat von Cloé Jans und die anschliessende Podiumsdiskussion denke ich hierbei vor allem auch an die Einführung des Jugend- und Ausländerstimmrechts. Wir sollten Wege finden, diesem Demokratiedefizit entgegenzuwirken und aus den Fehlern unserer Geschichte zu lernen. Die Schweizer Frauen mussten zu lange auf ihre politischen Mitwirkungsrechte warten!

Aber auch in Bezug auf die Digitalisierung, welche das Potenzial hat, die politische Partizipation vor allem auch der jüngeren Generation zu stärken, eignet sich der Föderalismus hervorragend als «Digilab». Auch hier sind wir gefordert, auf Ebene der Gemeinden, Städte und Kantone neue digitale Partizipationsmöglichkeiten auszuloten.

Als Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt ist es mir ausserdem ein grosses Anliegen, dass die Bedürfnisse der Grenzkantone in Zukunft im föderalistischen System der Schweiz besser wahrgenommen werden. Dass dies gerade auch in Krisenzeiten sehr wichtig ist, hat uns die Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt. Dazu gehören auch weiterhin intakte Beziehungen zwischen der Schweiz und der europäischen Union.

-> Präsentation der «Erklärung von Basel 2021»

Gerne möchte ich Ihnen nun die «Erklärung von Basel 2021» im Detail vorstellen.

((Der folgende Abschnitt wird auf einer PP-Folie auf Deutsch, Französisch und Italienisch eingeblendet.))

- 1. Wir setzen uns für einen lebendigen Föderalismus ein – mit dem Ziel, auch bei grossen inneren und äusseren dynamischen Entwicklungen das Funktionieren der drei Staatsebenen für die Bevölkerung zu gewährleisten.**
- 2. Wir sichern die Zukunftsfähigkeit des Föderalismus, indem wir diesen weiterentwickeln und stärken.**

Zu diesem Zweck

- 3. bewahren und fördern wir die Nähe der Bevölkerung zu den politischen Institutionen und das gegenseitige Verständnis;**
- 4. sichern wir eine vorausschauende und themenübergreifende Zusammenarbeit zwischen allen Staatsebenen auch in Krisenzeiten;**
- 5. nützen wir den Föderalismus im Sinne eines Labors auf den Ebenen Kantone sowie Städte und Gemeinden, um übergeordneten Trends, Entwicklungen oder Krisen begegnen zu können;**
- 6. stärken wir das Verständnis für funktionale Räume und Grenzregionen, um den Föderalismus in Einklang mit den Lebensbedingungen der Bevölkerung in diesen Räumen zu bringen und nachbarschaftliche Lösungen zu ermöglichen;**
- 7. unterstreichen wir die Bedeutung von handlungsfähigen lokalen und regionalen Strukturen zur Stärkung des Föderalismus bei der Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen.**

➔ **Hinweise zur Verabschiedung der «Erklärung von Basel 2021»**

Gerne möchte ich Ihnen nun die Möglichkeit geben, Ihre Unterstützung der «Erklärung von Basel 2021» zu bekunden. Sie können hierzu auf das eingeblendete Auswahlfeld klicken und haben hierzu 90 Sekunden Zeit. Über eine rege Beteiligung würde ich mich sehr freuen!

➔ **Offizielle Verabschiedung der «Erklärung von Basel 2021»**

Ich danke Ihnen für die rege Teilnahme und Ihre Unterstützung. Hiermit erkläre ich die «Erklärung von Basel 2021» offiziell für verabschiedet.

Regierungspräsident Beat Jans